

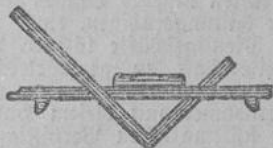
Rottenführer-Zeitung

Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

Offizielles und fachwissenschaftl. Organ
des Verbandes Deutscher Eisenbahn-



für die Vertretung der Standesinteressen
Rotten- und Hilfsrottenführer G. B.



Die Zeitung erscheint am 1. u. 15. eines jeden Monats und kostet beim Verlage bestellt 1.— Mark, bei der Post bestellt 1.50 Mark pro Vierteljahr, im voraus zahlbar. — Inserate pro 4gespaltene Petitzeile 25 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und der Verlag an. Abonnenten, welche nicht 10 Tage vor Schluss des Vierteljahres ausdrücklich abbestellen, erhalten das Blatt für ihre Rechnung weiter geliefert.



Jedes Mitglied, welches der oben genannten Beamtenklasse als Beamter oder Hilfsbeamter angehört, ist unter den bekannt gegebenen Bedingungen mit 200 (zweihundert) Mark gegen tödlichen Unfall in oder ausser Dienst versichert.

Nr. 21

Dahlhausen-R., 1. November 1919

8. Jahrgang

Inhalt: Teuerungszulagen in der preuß. Landesversammlung. — Zwei Antworten und ihr Ergebnis. — Eingekandt. — Vereinsnachrichten. — Mitteilung des Verbandesvorstandes. — Versammlungskalender. — Inserate.

Teuerungszulagen in der preussischen Landesversammlung.

I.

In der 58. Sitzung der Preussischen Landesversammlung am 2. Oktober stand die Denkschrift und der Gesetzentwurf über die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an Staatsbeamte, sowie den im Staatsdienst beschäftigten Lohnangestellten höherer Ordnung und Lohnempfänger zur Beratung. Wir geben den Bericht dem Wunsche vieler Mitglieder folgend, auszugswise in folgendem wieder, um, falls nötig, später auf Einzelheiten näher einzugehen.

Präsident Reinert: Das Wort hat der Herr Berichterstatter Dr. Schmiedding:

Dr. Schmiedding, Berichterstatter (Zentr.): Meine Damen und Herren, über die Denkschrift und den vorliegenden Gesetzentwurf haben im Staatshaushaltsausschuss drei Sitzungen stattgefunden, die letzte gestern Abend, die bis nach 10 Uhr dauerte. Das stenographische Protokoll über die letzte Sitzung liegt mir noch nicht vor; ich muß infolgedessen nach dem Gedächtnis berichten und bitte um Ihre Nachsicht, wenn das in aller Kürze geschieht.

Vorweg möchte ich bemerken, daß der Antrag auf Drucksache Nr. 874 vom Ausschuss einstimmig angenommen worden ist. Es ist wohl nicht nötig, ihn zu verlesen, da er Ihnen allen vorliegt.

Nach Annahme des Beschlusses des Staatshaushaltsausschusses durch die Landesversammlung werden erhalten:

1. Staatsbeamte, im Staatsdienst beschäftigte Lohnangestellte höherer Ordnung und Volksschullehrpersonen eine in zwei gleichen Teilbeträgen im Oktober und Dezember zahlbare, einmalige Beschaffungsbefristung von 600 Mk. für Ledige, von 1000 Mk. für kinderlos Verheiratete und von 200 Mk. für jedes zu berücksichtigende Kind;

2. Ruhegehaltsempfänger Beihilfen entsprechend den Grundsätzen im Erlass des Finanzministers vom 26. März 1918; also im Falle des Bedürfnisses in der Regel 50 vom Hundert, aus besonderen Gründen bis zu 100 vom Hundert der zuletzt bezogenen Gehaltsbezüge.

3. Dauernd beschäftigte Lohnempfänger, soweit die Teuerungsverhältnisse nicht bereits durch die Lohnbemessung als ausgeglichen anzusehen sind, und soweit sie unverheiratet sind, bis zu 400 Mk., die verheirateten bis zu 600 Mk. und für jedes zu berücksichtigende Kind bis zu 200 Mk. Für Geistliche werden 75 Prozent der nach den vorstehenden Grundsätzen zu bemessenden Beträge an die zuständigen kirchlichen Behörden gezahlt, denen es dann nach Aufschüttung des Fonds um 25 Prozent überlassen wird, die Verteilung vorzunehmen.

4. Die laufenden Kinderzulagen werden allgemein auf 50 Mk. erhöht.

5. Für Volkswaisen gelten sinngemäß die Bestimmungen des vorgedachten Ministerialerlasses.

Bei den Bewilligungen werden auch Beamte — im Gegensatz zu den früheren Bestimmungen — mit einem Dienst-einkommen über 13 000 Mk. berücksichtigt.

Zum Unterschied der Höhe der Beihilfen für Beamte und Arbeiter bemerkte der Herr Minister am 11. September folgendes:

Man sollte bedenken, daß man manchen Beamtenklassen Ausgleichszulagen habe gewähren müssen, weil das Gehalt der Beamten erheblich niedriger gewesen sei als das Lohn-einkommen des im selben Betriebe tätigen Lohnarbeiters. Wenn man jetzt den Arbeitern dieselben Teuerungszulagen geben würde wie den Beamten, so sei das erstens nicht durchführbar. Denn allein bei den preussischen Eisenbahnarbeitern machten sie 100 Mk. Zulage 56 Millionen Mk. aus ohne die Kinderzulagen. Wenn man es aber doch machen könnte, dann würden in demselben Augenblick die Beamten von neuem eine Ausgleichszulage verlangen, da sie dann wieder schlechter gestellt werden würden als die Arbeiter.

Mahgebend für die Zuwendung ist überall als Stichtag der 3. September, so daß der Beamte, der am 3. September im Dienst war, Anspruch auf den vollen Betrag hat.

Lohnempfängern, denen gegenüber am Stichtag die Kündigung oder Entlassung ausgesprochen war, oder die vor dem Stichtag von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht haben, wird die Beihilfe nicht gewährt. Der zweite Teilbetrag ist ihnen dann nicht zu zahlen, wenn das Arbeitsverhältnis am 3. September 1919 aufgelöst oder gekündigt worden ist, oder wenn die Tätigkeit bis zum 3. Dezember 1919 durch andere Gründe als durch Krankheit unterbrochen worden ist. Dabei sind als dauernd beschäftigte Lohnempfänger solche anzusehen, die mindestens 6 Monate ununterbrochen im Reichs- oder Staatsdienst oder bei einer Kriegsorganisation tätig waren.

Wenn es im Gegensatz zu der Bewilligung an Beamte bei den Lohnempfängern heißt, daß sie Beihilfen nur bis zu 400 und 600 Mk. erhalten, so hat das nach den Erklärungen des Herrn Finanzministers seinen Grund darin, daß es einmal eine Reihe von Arbeitern und Arbeiterinnen gibt die nicht voll, also nicht volle acht Stunden täglich im Staatsdienst beschäftigt sind, wie z. B. die Scheuerfrauen, und bei denen es nicht gerechtfertigt sein würde, die geringere Arbeitsleistung bei der Beihilfe voll zu berücksichtigen, und sodann darin, daß bei manchen Arbeitern mit Rücksicht auf besondere örtliche Verhältnisse die Löhne so hoch bemessen worden sind, daß in letzteren die Beschaffungszulage als enthalten angesehen werden kann.

Ueber die Höhe von 400 und 600 Mk. bei den Arbeitern hinauszugehen, ist nach den Abmachungen mit dem Reich nicht möglich. Würde es doch verlangt werden, so würde die Vorlage zurückgezogen werden müssen, weil dann neue Verhandlungen mit der Reichsregierung unerlässlich sind. (Hört, hört!)

Diese vom Finanzminister vorgetragenen Grundzüge sind vom Ausschuss gebilligt worden. Im übrigen war die überwiegende Mehrzahl des Ausschusses der Ansicht, daß die in der Denkschrift vorgeschlagene Maßnahme an sich kein empfehlenswertes Mittel ist, um die bei vielen Staatsbeamten und Staatsarbeitern infolge der anhaltenden und fortwährend steigenden Teuerung wichtiger Lebensmittel hervorgerufene Not zu beseitigen, und zwar um deswillen nicht, weil einmal die gezahlte Beihilfe voraussichtlich eine weitere Preissteigerung der wichtigsten Lebensmittel hervorrufen werde, mithin eine Schraube ohne Ende bedeute, und sodann, weil sie das Verlangen der Arbeiter in der Privatindustrie nach Lohnerhöhungen rege machen werde und hierdurch Veranlassung zu neuen Arbeitseinstellungen und neuen Unruhen gebe.

Ebenso war der Ausschuss fast einstimmig darüber, daß der trotz der von Preußen und Bayern erhobenen Einwendungen von der Reichsregierung gefasste Beschluß auf Auszahlung von Beschaffungsbeihilfen zwar an sich lebhaft zu bedauern sei, daß aber doch der Preussische Staat durch den Beschluß der Reichsregierung in eine Zwangslage versetzt sei, der er sich unbedingt fügen müsse.

Einmütigkeit bestand auch darin, daß die zur Deckung der Ausgaben erforderlichen Mittel im Wege des Kredits beschafft werden müssen, da es ausgeschlossen sei, eine so große Ausgabe von 910 Millionen Mk. durch eine Sondersteuer aufzubringen. Auf welchem Wege die Mittel gewonnen werden sollen, die infolge der Verzinsung und Tilgung dieser Summe erforderlich werden, ob Zuschläge allein zu den Ergänzungssteuern oder allein zu der Einkommensteuer oder bei beiden Steuern erhoben werden sollen, darüber gingen anfangs die Ansichten im Ausschuss auseinander. Schließlich billigte man aber den von der Regierung vorgeschlagenen Weg, die Zuschläge nur zu den Ergänzungssteuern zu erheben. Dabei wurde mehrfach der Wunsch geäußert, daß jede Härte gegen Besitzer kleiner Vermögen vermieden werden möchte. Dem Vorschlag der Regierung entsprechend, werden 100 Prozent zu den Ergänzungssteuern erhoben, so daß der Zuschlag für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis zum 1. April 1920 betragen wird bei den Vermögensstufen von

6—8 000 Mk.	1,60 Mk.
20—22 000 Mk.	5,50 Mk.
32—36 000 Mk.	48,60 Mk.

usw.

2 000 000—2 020 000 Mk.	526,00 Mk.
-------------------------	------------

also immerhin erträgliche Zuschläge.

Weiläufig möchte ich erwähnen, daß im Ausschuss unwidersprochen blieb, daß die Beschaffungszulage bei den Arbeitern eine Ausgabe von 390 und bei den übrigen Kategorien eine solche von 520, also zusammen eine Gesamtausgabe von rund 910 Millionen Mark verursachen wird.

Bei der Beratung der Denkschrift und der Gesetzesvorlage wurde dann noch eine große Reihe von Ergänzungsanträgen gestellt, die mehr oder minder eine Erhöhung der eben erwähnten Summe zur Folge gehabt haben würden. Es sind das die Anträge auf Nr. 847 bis 850, 855, 859, 860 und 863 bis 865 der Drucksachen. Sämtliche Anträge sind von dem Herrn Finanzminister mit der besonderen Bemerkung heftig bekämpft worden, daß erstens ihnen entweder im Rahmen des geforderten Kredits von 910 Millionen nicht entsprochen werden könne, oder daß sie zweitens durchweg mit den Abmachungen mit der Reichsregierung in Widerspruch ständen, weshalb, wenn auf diesen Anträgen bestanden werden würde, eine neue Verhandlung mit dem Reichstag und dieserhalb zunächst eine Zurückziehung der Vorlage notwendig werden würde; dieses aber, die Zurückziehung, würde eine große Unzufriedenheit bei den Beamten und Arbeitern hervorrufen, die ihrerseits stürmisch die möglichst schnelle Auszahlung der Teuerungszulage verlangten. Diesen Bedenken schlossen sich die meisten Ausschussmitglieder an. Bei der Abstimmung wurden deshalb alle Anträge, soweit sie nicht inzwischen im Ausschuss zurückgezogen worden waren, bis auf einen, der unter Nr. 4 der Drucksache Nr. 874 abgedruckt ist, abgelehnt.

Heute sind nun noch zwei Anträge eingegangen, wie der Herr Präsident schon verkündet hat: einmal der Antrag Adolph Hoffmann und Genossen auf Nr. 875, der die Beschaffungszulage der Arbeiter erhöhen will — er war schon im Ausschuss gestellt, ist dort aber abgelehnt worden — und dann der Antrag Dr. Bronisch, Delze und Linz, der im Ausschuss noch nicht gestellt war, der aber, wenn ich die Ansicht des Ausschusses richtig beurteile, zweifellos dort ebenfalls eine Ablehnung erfahren haben würde.

Von Interesse dürfte noch sein, daß der Herr Finanzminister gestern mitteilte, es sei für die nächste Zeit von dem Reich eine große Aktion geplant, wonach für fast 3

Milliarden abermals Lebensmittel, besonders Fleisch, Fett, Kartoffeln usw. angeschafft und dem Volke zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt werden würden. Dadurch würde der nach Bewilligung der Teuerungszulage zu befürchtenden abermaligen Verteuerung der Lebensmittel wirksam vorgebeugt werden können und dadurch die Lebenshaltung des Volkes in erträglichen Grenzen bleiben. In keinem Lande seien übrigens — so fügte er noch hinzu — die Lebensmittelpreise so billig wie gerade in Deutschland.

Schließlich möchte ich namens des Ausschusses den Antrag des Ausschusses auf Nr. 874 in allen Teilen dem hohen Hause zur Annahme empfehlen.

Dr. Südekum, Finanzminister: Meine Damen und Herren, die Staatsregierung ist vollkommen durchdrungen davon, daß sie alles, was in den Kräften unseres Landes steht, tun muß, um die Erhaltung einer leistungsfähigen, einer mit voller Hingabe an ihre schweren Dienstgeschäfte tätigen Beamenschaft und staatlichen Arbeiterschaft zu gewährleisten. Nachdem einmal die Verhältnisse uns gezwungen haben, vom dem ursprünglich im vollen Einvernehmen mit diesem hohen Hause eingeschlagenen Wege einer systematischen Verbilligung der Lebens- und Bedarfsartikel abzugehen, haben wir Ihnen den in der Denkschrift und in dem Gesetzentwurf auf Drucksache Nr. 770 enthaltenen Vorschlag unterbreitet. Er stellt auf der einen Seite das dar, was wir glauben, unter den heutigen Verhältnissen geben zu müssen, auf der anderen Seite aber auch das Höchstmaß dessen, was gegeben werden kann. Alle Anträge, die über diesen von uns gezogenen Rahmen, dem der Ausschuss gestern aber einstimmig seine Zustimmung gegeben hat, hinausgehen, bitte ich Sie daher abzulehnen, weil die Annahme solcher Anträge eine schwere Gefährdung für das ganze Werk darstellen würde.

Wollen Sie bitte nicht übersehen, daß das Reich inzwischen die nach Vereinbarung mit der preussischen Staatsregierung festgelegten Sätze für die Beamten bereits ausbezahlt hat, und daß, was die Bemessung der Beschaffungszulage für die Arbeiter anbelangt, eine bis jetzt geltende bindende Verabredung zwischen dem Reich und Preußen vorliegt. Auf der einen Seite würden also, wenn es zur Zurückziehung der Vorlage kommen müßte, die preussischen Beamten hinter ihren Kollegen vom Reich noch mehr zurückstehen müssen, auf der anderen Seite wäre das Schicksal der Vorlage für die Arbeiter überhaupt nicht abzusehen.

Der Herr Bericht hat mit Recht bereits darauf hingewiesen, daß neben dieser großartigen Hilfe, die der staatlichen Beamten- und Arbeiterschaft zuteil wird, die gewaltige Aktion zur Verbilligung der Lebensmittel durch das Reich einherstreitet, eine Aktion, die, wie man annehmen darf, noch viel wirksamer werden wird als die von uns im Juli für die Zeit vom Juli bis Oktober bereits durchgeführte. Wenn sich das Reich entschließt, bis Mitte Januar nächsten Jahres mehr als 3 Milliarden Mark zur Verbilligung von Lebensmitteln aufzubringen, so wolle man dabei nicht übersehen, daß auf Preußens Anteil davon mindestens drei Fünftel entfallen; das würden also immerhin doch zwischen 1500 und 1800 Millionen sein. Es handelt sich also nicht allein um die Aufbringung von 910 Millionen, sondern dazu ist auch diese andere Summe zu rechnen. Es sind schließlich immer wieder dieselben Jeniten, die diese Mittel aufbringen müssen, (sehr richtig! rechts und bei der D. Dem. Partei) und über eine gewisse Grenze kann auch diese Belastung im Interesse der staatlichen Beamten und der staatlichen Arbeiter nicht hinausgetrieben werden.

Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit übrigens darauf aufmerksam machen, daß wir vielleicht zum letztenmal die Möglichkeit vor uns haben, eine so große Aktion auf Anleihe zu unternehmen. (Sehr richtig! bei der D. Dem. Partei.) Wenn wir nach dem Übergang der Staatssteuern und der Staatssteuerverwaltung auf das Reich demnächst auch dazu übergehen müssen, mit dem Reich eine Auseinandersetzung über die Staatsschulden zu pflegen, dürfen wir hoffen, daß die preussischen Staatsschulden bei der Eisenbahnübergabe vollständig abgeburdet werden. Es wird dann aber in Zukunft die Aufgabe der Landesversammlung wie der Staatsregierung sein, ein neues Anwachsen von Schulden unmöglich zu machen, was schon deshalb notwendig ist, weil ja wohl einem Staat, der kein Steuerhoheitsrecht, der keine Eisenbahnen mehr hat, niemand mehr etwas borgen wird. (Sehr richtig! rechts und bei der D. Dem. Partei.) Ich sage deshalb: vielleicht ist manchem in diesem Saal, jedenfalls in unserem Volke draußen doch nicht recht klar geworden, welches große Opfer Preußen bringen mußte, als es seine staatliche Steuerhoheit aufgab, und daß auch daraus für die kommende Politik der Preussischen Landesversammlung ganz wichtige und ernste Konsequenzen erspießen. (Sehr richtig! rechts und bei der D. Dem. Partei.)

Wir werden um so mehr darauf gedrängt werden, nun

mehr die längst geplante, aber unter den Umständen dieser bewegten Zeit nicht durchführbare Reform der Beamtengehälter in Angriff zu nehmen. Das kann natürlich auch nur in Übereinstimmung mit dem Reich und den anderen Ländern geschehen. Diese Reform der Beamtengehälter muß dann ein für allemal mit der Wirtschaft aufzuräumen, in die wir allmählich hineingekommen sind. (Sehr richtig! rechts und bei der D. Dem. Partei.) So geht es einfach nicht weiter! Denn die Parteien selbst — ich, der ich nicht dem Hause angehöre, kann das ja sagen — leiden ja unter der heutigen Wirtschaft, wo ein Keil immer den anderen treibt (sehr richtig!), wo eine Partei immer genötigt ist, Anträge zu stellen, nicht weil sie selbst von der vollen Richtigkeit oder Durchführbarkeit überzeugt ist, sondern weil andere Parteien Anträge gestellt haben, die man aus erklärlichen parteipolitischen, agitatorischen Gründen nicht unbeantwortet lassen kann. (Sehr richtig!) Das ist eine allgemeine Lage der Parteien selbst, die auszusprechen ich mich hier für verpflichtet halte. So können wir nicht weiterarbeiten; denn die Mittel unseres Staates sind für die Zukunft uns noch enger zugemessen als bisher schon. Wir werden uns in einem engen Rahmen schiedlich, friedlich auseinanderzusetzen haben.

Deshalb möchte ich, was die heute neu vorgelegten Anträge auf Drucksache Nr. 876 und Nr. 875 anlangt, Ihnen erklären: es ist in der heutigen Lage ausgeschlossen, daß wir den Antrag auf Nr. 875, die Beschlagnahmestulpe für die Lohnempfänger auf 600 und 800 Mark zu erhöhen, annehmen könnten. Ich erkläre noch einmal, wozu ich gestern abend bereits genötigt war: die Annahme dieses Antrages würde mich nötigen, die Vorlage zunächst wegen anderweitiger Verhandlungen mit dem Reich zurückzuziehen. (Hört, hört!) Der Herr Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hatte zwar gestern abend einen leichten Ausweg, indem er mir sagte: Es sei doch nicht nötig, die ganze Vorlage zurückzuziehen, die Staatsregierung könnte doch erst einmal unter Vorbehalt späterer Erhöhung dieser Zulage die 400 und 600 Mark auszahlen. Meine geehrten Anwesenden, das ist natürlich ganz ausgeschlossen. Entweder beschließt dieses hohe Haus, die 400 und 600 Mark auszugeben, dann werden sie ausgezahlt, oder es beschließt dieses nicht, dann hat die Staatsregierung überhaupt gar kein Recht, solche Auszahlungen vorzunehmen; denn wir haben eine bindende Abmachung mit diesem hohen Hause getroffen, daß Zulagen an Beamte und Arbeiter nur in Übereinstimmung mit der Landesversammlung vorgenommen werden sollen. So leicht kann man sich über die ehrsrechtlichen Schranken, die auferlegt sind und aus wohlverwogenen Gründen aufgerichtet sind die in Zukunft vielleicht höher gezogen werden müssen, als es bisher schon der Fall war, nicht hinwegsetzen.

Was von dem Antrage auf Drucksache Nr. 875 gilt, das gilt ebenso für den Antrag auf Drucksache Nr. 876, worin die Staatsregierung ersucht wird, die Kirchen beider Konfessionen instand zu setzen, ihren Geistlichen die einmalige Feuerungszulage in gleicher Höhe zu gewähren, wie sie für die unmittelbaren Staatsbeamten gewährt wird. Heute gewährt der Staat 75 Prozent dieser Zulagen, und daraus haben sich Schwierigkeiten nicht ergeben. Würden wir so vorgehen, wie der Antrag Dr. Bronisch, Delse und Ling will, so würden ebenfalls wieder sehr weitläufige neue Verhandlungen nötig sein, die unbedingt eine Verzögerung zur Folge haben würden. Draußen aber im Lande wartet die Beamenschaft und Arbeiterschaft auf die Auszahlung der Gelder. (Sehr richtig! bei der D. Dem. Partei.) Und wenn die Klagen nicht alle erlogen sind — was ich nicht annehmen darf — die zu dieser Vorlage geführt haben, so haben sie ein Recht darauf, nun endlich auch die Auszahlung zu sehen. Gestern abend ist das Wort gesprochen worden: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns auch endlich Taten sehen!

An mir soll es nicht fehlen, daß es zu diesen Taten kommt. Ich schreibe mit dem Wunsch, daß Sie die Vorlage unverändert annehmen mögen. (Bravo!)

Zwei Antworten und ihr Ergebnis.

Erste Antwort.

Essen, den 2. Januar 1919.

Eisenbahndirektion.

3. I. 25.

An den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Eisenbahnrotenführer e. V.

Herrn Rottenführer Carl Schneider,

Dahlhausen-Ruhr.

Durch das B.-A. Bochum.

Auf die Vorstellung vom 2. Dezember vor. Js. teilen wir Ihnen im Namen des Ministers der öffentlichen Arbeiten

mit, daß bei der allgemeinen Neuordnung der Besoldungsverhältnisse für die Einreihung der Rottenführer in eine ihrer Tätigkeit angemessenen Besoldungsklasse Sorge getragen werden wird.

gez. Meinholdt.

Zweite Antwort.

Eisenbahndirektion.

Geschäfts-Nr. 3. I. 25.

Essen, den 1. Oktober 1919.

An den Vorsitzenden des Verbandes deutscher Eisenbahnrotenführer und Hilfsrotenführer e. V.

Herrn Rottenführer Carl Schneider,

Dahlhausen-Ruhr.

Durch das B.-A. Bochum.

Auf Ihre persönliche Vorstellung beim Minister der öffentlichen Arbeiten am 10. März 1919 hat uns der Herr Minister mit Erlass vom 9. September IV. 45. 137. 859 beauftragt. Sie hinsichtlich des Punktes der Anstellungsverhältnisse der Rottenführer wie folgt zu beschreiben:

Nach einer bei den Eisenbahndirektionen gehaltenen Umfrage trifft es nicht zu, daß die Anstellungsverhältnisse im Bahnwärter- und Weichenstellerdienst allgemein günstiger liegen als im Rottenführerdienst. In mehreren Direktionsbezirken verhält es sich vielmehr umgekehrt; in einigen Bezirken sind die Wartezeiten annähernd gleich.

Die Fälle, in denen Hilfsrotenführer zunächst als Bahnwärter oder Weichensteller und später erst als Rottenführer angestellt wurden, sind nur vereinzelt vorgekommen. Nur bei zwei Eisenbahndirektionen bildet dies Verfahren die Regel. Soweit zurzeit die Wartezeit der Hilfsrotenführer auf planmäßige Anstellung als Rottenführer besonders ungünstig ist, wird nach Möglichkeit für eine Besserung gesorgt werden. Solange dies nicht möglich ist, wird in Fällen, wo die Anstellung von Hilfsrotenführern als Bahnwärter oder Weichenstellen zur Abfüllung der Wartezeit auch planmäßige Anstellung in Aussicht genommen ist, zuvor das Einverständnis der Beteiligten eingeholt werden.

Im übrigen wird gelegentlich der in Aussicht stehenden Besoldungsneuregelung geprüft werden, inwieweit den Rottenführern der Aufstieg in Dienstklassen mit höherer Besoldung erleichtert werden kann.

gez. Busch.

Wenn man zu der ersten Antwort noch die am 13. 12. 1919 dem Unterzeichneten mündlich erteilte Zusage, die Rottenführer bei der Neuordnung der Besoldungsverhältnisse in die Klasse der Werkführer zu überführen, hinzunimmt, so findet man dort eine ganz bestimmte Anerkennung des Rottenführerdienstes, während die zweite Antwort in allen Punkten eine Enttäuschung bringt. Bezüglich der Anstellungsverhältnisse ist zu erwähnen, daß die dort gemachten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen. Wenngleich durch die traurige Tatsache, daß die Hilfsrotenführer es nicht für nötig finden, die gewünschten Angaben betreffs Eintritts bei der Eisenbahn usw., hier noch nicht festgestellt werden kann, wie die Verhältnisse liegen. (Bis heute, 19. 10., haben 54 Hilfsrotenführer die Angaben gemacht), so kann doch auf Grund einer mir zugehenden Nachweisung über die Zahl der planmäßigen Stellen und Anwärter gesagt werden, daß die Wartezeit bei Bahnwärtern und Weichenstellern 8 Jahre 3 Monate und bei den Rottenführern 16 Jahre und 5 Monate, bei den Leistungsauffsehern 15 Jahre und 6 Monate beträgt. Wie kann man da von einer gleichen Wartezeit sprechen? Auch das Wort: „Wenn möglich, soll dem Uebel abgeholfen werden“ ist eine Enttäuschung aller Art. Soll dies etwa die Leute bewegen, sich dem Rottenführerdienste zuzuwenden? Keineswegs wird dies der Fall sein, und die Folgen werden ebenso tragisch für die Verwaltung sein, als die Entziehung der Stellenzulage. Keinem Menschen kann man es verdenken, wenn er dem Rottenführerdienst den Rücken kehrt und sich leichtere und für sein Fortkommen günstigere Dienstklassen wählt.

Zu dem letzten Absatz ist zu erwähnen, daß ich am 10. März 1919 die Besoldungsverhältnisse der Rottenführer gar nicht erwähnt habe, auch keinen Anlaß hierzu hatte, da ich ja die Zusage hatte. Diese Antwort wirkt geradezu niederschmetternd auf unseren Stand. Es soll ja erst geprüft werden, ob der Aufstieg in Dienstklassen mit höherer Besoldung erleichtert werden kann. Es entsteht die Frage: Wer hat den Anlaß zu dieser Antwort gegeben; ein Anlaß, zu dem Widerruf muß vorhanden gewesen sein, denn man kann es doch nicht für möglich halten, daß der Nachfolger eines Ministers das über den Hausen wirft, was der Vorgänger zugesagt hat, zumal doch dieselben Geheimräte noch da sind. Aber man findet den Anlaß zu der Antwort, wenn man zurückgeht zu der Unterredung des Herrn Bahnmeisters Schuppe mit unserem Kollegen Herrmann, Berlin, am Bahnmeister-

tage. Dort finden wir die Ursache, weil ja dort gesagt ist, daß die Bahnmeister beim Ministerium Gehlung genommen hätten usw. Erst recht kommt man zu der Erkenntnis, wenn man noch die letzte Eingabe der Bahnmeister (siehe Rottenführerzeitung Nr. 20 vom 15. 10. 19) hinzu nimmt. Aber man kann es ja den Bahnmeistern gar nicht übel nehmen, daß sie für die Rottenführer nicht eintreten, denn sie sind als Dienststellenvorsteher Träger der Staatsgewalt, also Arbeitgeber, und als solche gezwungen, billig und wirtschaftlich zu arbeiten. Die Rotten- und Hilfsrottenführer als Arbeitnehmer haben ja auch keinen Anlaß, die Vertretung ihrer Interessen von den Bahnmeistern zu erwarten. Ebensoviele wie im Privatleben die Arbeitgeber die Interessen der Arbeitnehmer nicht vertreten werden, werden die Bahnmeister oder auch andere mittlere und höhere Beamte unsere Interessen vertreten. Wohl können und werden sie Beamteninteressen vertreten, woraus sie ihren Nutzen ziehen, aber alles andere können sie eben nicht. Es heißt hier für uns das Wort anwenden, welches Minister Budde geprägt hat: „Hilf dir selbst, so hilft dir Gott.“ Dieses wollen wir beherzigen. Vor allem wird der Herr Minister jetzt aufgefordert, zu erklären, welches den Anlaß zu dieser enttäuschenden Antwort gegeben hat, und auf den Widerspruch in den beiden Antworten hingewiesen, und dann erwarten und verlangen wir recht baldige Antwort auf unsere letzte Eingabe. Ist es der Fall, daß ein Minister ohne weiteres die Maßnahmen seines Vorgesetzten über den Haufen werfen kann, so ist es am besten, man wendet sich nur an das Parlament, dort mögen die Personen wechseln, aber Beschlüsse bleiben bestehen. Für uns und auch für unsere Mitglieder ist es aber, oder soll es wenigstens klar sein, daß wir unsere Interessen selbst vertreten müssen mit Rückendeckung einer Großorganisation; und dies kann niemals eine Großorganisation, geführt von mittleren und oberen Beamten sein, sondern eine, wo nur Unterbeamte organisiert sind, und dies ist die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Eingelandt.

In Nr. 19 unserer Zeitschrift werden unter „Unterhaltung des Oberbaues“ vom Eisenb.-Betriebs-Ing. Horn Ausführungen betreffs des Oberbaues sowie über die Beförderung der Rottenführer und die Heranbildung des Nachwuchses für diesen Stand gemacht. Da sich die Verhältnisse in einer Bahnmeisterei im großen ganzen in Wirklichkeit so abspielen und die treffenden Ansichten über die Gleisunterhaltung den wirklichen Tatsachen entsprechen, sind die Ausführungen des Eisenb.-Betriebs-Ing. Horn mit besonderer Beachtung zu verfolgen.

Es wird darin gesagt: „Es ist vielfach die falsche Ansicht verbreitet, daß die Gleisunterhaltung eine einfache Arbeitsleistung sei, welche jeder ungeschulte Mann ausführen könne.“ Es ist mit Freuden zu begrüßen, solche Worte von einem Vorgesetzten hören zu können, welcher tatsächlich mit der Gleisunterhaltung vertraut ist und weiß, mit welcher großen Schwierigkeiten eine sachgemäße Gleisunterhaltung ausgeführt werden kann. Es muß aber leider festgestellt werden, daß es auch noch viele Beamte gibt, welche der Gleisunterhaltung noch nicht das rechte Verständnis entgegenbringen, oder daß ihnen daselbe überhaupt noch fehlt. Zu den obigen Ausführungen des Eisenb.-Betriebs-Ing. Horn möchte ich folgenden Vorfall, welcher sich in der 69. Bahnmeisterei in Tegel zwischen dem Betriebs-Ing. Sauermann, dem Bahnmeister Molot und dem Rottenführer August Kleber abgepielt hat, mitteilen, und die Beurteilung desselben den Kollegen empfehlen. Der Kollege Kleber war mit seiner Rotte in einem Gleise, welches sehr stark beim Ausrangieren der Züge in Anspruch genommen wird, auch zu gleicher Zeit Ueberführungsgleis für die Vorsigwerke ist, beschäftigt. In diesem Gleise war eine Spurerweiterung von 45 Millimeter zu berichtigen, und zum Teil waren auch die Schwellen in einem solchen Zustande, daß sie ausgewechselt werden mußten. Als der Kollege nun damit beschäftigt war, die Mängel abzustellen, bekam er von dem Bahnmeister Molot den telefonischen Auftrag, er möchte nach dem Lager herunterkommen und die Stoffbestände aufnehmen und ihm die nötigen Angaben machen. Kollege Kleber machte den Bahnmeister Molot darauf aufmerksam, daß er jetzt nicht kommen könne, er habe keinen geeigneten Mann, welcher ihn vertreten und die Arbeiten ausführen könne. Der Bahnmeister gab ihm darauf zurück: „Sie haben doch einen Bahnseigassner da.“ Kollege Kleber sagte, er könne demselben die Arbeit nicht anvertrauen. Der Bahnmeister gab sich damit zufrieden. Nach einiger Zeit kam dann der Bahnmeister Molot mit dem Betriebs-Ing. Sauermann zu der Rotte, letzterer mit dem Bemerkten: „Diese Arbeiten kann ein jeder machen.“ Darauf

erwiderte dann logisch der Bahnmeister: „Ja, der Rottenführer Kleber möchte nur gern einen Hilfsrottenführer haben, damit er nicht allein ist.“ Kollege Kleber machte den Betriebs-Ing. Sauermann nochmals darauf aufmerksam, daß die Leute die Arbeit noch nicht verstanden. Betriebs-Ing. Sauermann wiederholte nochmals: „Die Arbeit kann jeder von den Arbeitern machen.“ worauf ihm nun Kollege Kleber die Antwort gab, er müsse doch wissen, was er für Leute habe und dann müsse der Betriebs-Ing. erst einmal mit dem Leuten arbeiten, um beurteilen zu können, ob jeder Mann die Arbeiten ausführen könne; die Leute verständen eben die Arbeit noch nicht. Darauf wurde Kollege Kleber mit 9 Mark bestraft, weil er dem Betr.-Ing. Sauermann eine persönliche Beleidigung zugefügt habe. Wenn man nun die beiden Beurteilungen der Eisenbahn-Ing. vergleicht, so entsteht doch unmittelbar die Frage: Wie ist es möglich, daß die Ansichten der beiden Ingenieure so auseinander gehen, da sie doch beide in gleicher Dienststellung stehen? Sollen da nicht doch die Erfahrungen im Laufe der Dienstjahre und die Beachtung des Oberbaues viel mitsprechen? Kollegen! wenn nach Ansicht des Betriebs-Ing. Sauermann jeder Arbeiter, welcher von der Straße kommt, solche betriebsgefährlichen Arbeiten ausführen kann, so sind wir Rottenführer ja überflüssig und die Verwaltung kann das Gehalt für uns sparen. Wo bleibt aber da das Verständnis für die Ausführung solcher Arbeiten? Verkaufte Schwellen, 45 Millimeter Spurerweiterung, ein paar Schwellen mehr los genommen, und der schönste Betriebsunfall ist da. Wer trägt da die Verantwortung und was würde man mit dem Rottenführer machen, der so leichtsinnig gehandelt hätte? Eventuell Staatsanwalt oder bei einem leichteren Unfall eine dienstliche Bestrafung. Dann würde es nicht heißen, die Arbeiten kann ein jeder machen, sondern: Wie können Sie bei einem solchen Zustande des Gleises so leichtsinnig die Arbeiten ausführen? Es ist überhaupt unbegreiflich, wie der Bahnmeister Molot eine solche einfache Sache mit seinem Rottenführer nicht selbst regeln konnte und erst nach dem Betriebs-Ing. gegen denselben aufbringen mußte? Wo bleibt da das Zusammenarbeiten des Bahnmeisters mit dem Rottenführer? Pflicht des Bahnmeisters Molot war es, sich erst mal von der Sachlage zu überführen und dann keine eigenen Anordnungen zu treffen. Dieses wurde aber von ihm unterlassen, und der Rottenführer mußte bestraft werden. Es ist überhaupt befremdend, daß wegen einer solchen Appalie zur höchsten Strafe, zu welcher ein Amtsvorstand befugt ist, gegriffen werden mußte. Die Handlungsweise des Bahnmeisters Molot ist überhaupt unbegreiflich, jeder Dienststellenvorsteher wird doch in allererster Linie versuchen, solche Angelegenheiten selbst zu regeln und dann erst weiterzugehen, wenn er keinen Erfolg in der Schlichtung der Sache hat. Aus diesem Vorfall können wir aber wieder sehen und lernen, wie von einigen Vorgesetzten der Dienst des Rottenführers bewertet wird. Darum, Kollegen, ist es immer und immer wieder unsere gerechte Pflicht, für unsere Standesinteressen zu arbeiten, und wo solche Fälle vorkommen, sie öffentlich in unserer Zeitschrift zu besprechen. Dadurch müssen wir zeigen, daß wir uns eine solche Herabsetzung unseres Standes, wie sie in dem geschilderten Fall vorgekommen ist, nicht bieten lassen können. Herr Eisenb.-Betriebs-Ing. Horn sagt weiter: „Die Gleisunterhaltungsarbeiten erheischen jedoch Fachkenntnisse“ usw. Ja, wie ist dann aber das Urteil des Betriebs-Ing. Sauermann zu verstehen? Er behauptet doch gerade das Gegenteil, bei dem kann doch jedermann diese Arbeiten ausführen. Sollten da die Erfahrungen des Eisenb.-Betriebs-Ing. Horn nicht zutreffender sein? Sodann heißt es weiter: „Damit er seinem Berufe auch ferner treu bleibt und keine Erfahrungen der Verwaltung weiter zugute kommen“ usw. Wenn man nun aber als Hilfsrottenführer einen solchen Fall wie den des Kollegen Kleber in Betracht zieht, darf es einen doch gar nicht wunder nehmen, daß dieses Beispiel abschreckend wirkt und unser Nachwuchs nicht heranzubilden ist. Man sieht hier wiederum auf der einen Seite Anerkennung, auf der anderen Nichtachtung unseres Standes.

Karl Herrmann, Rottenführer.

Dem Einsender des Artikels „Unterhaltung des Oberbaues“ in Nr. 19 der Rottenführer Ztg. zur Erwiderung.

Im ersten Absatz heißt es u. a.: Die Rotten der Bm. bilden bekanntlich das große Reservoir, welchem der Nachwuchs der Beamten in unterem Dienste entnommen wird. Dies ist leider nicht immer zutreffend, denn wie manche Person wird von Bahnhofsvorstehern von der Straße angenommen, wodurch auch den begabtesten Rottenarbeitern ein Vorwärtsschritt fast unmöglich wird. Im 2. Abs. kann man lesen, daß es schwer hält, einem Hilfsweichensteller oder dergl. zur Annahme einer Hilfsrottenführerstelle zu ge-

winnen.
zurzeit
tigung
Rotten
warten
Schaffen
M
Kenntnis
nicht v
einsnac
Zeitun
bedeute
In
rottenf
Hilfs-
Rotten
ausblie
Schreib
nicht a
dem S
würde
die fra
M
Bm.
Beförd
lesten
daß al
die Be
der B
legen
In
Arbeits
Kenföh
artigen
Bahnme
angeme
Artikel
Zeitun
B
Oktob
Kolleg
lung.
lung,
an de
beichlo
pen ei
stand
lungen
sprache
B
Verjan
Nach
verstor
und h
näher
innerh
einen
den U
anerw
mer.
Benen
Lages
Zeit b
zur A
Käuflic
dienstl
Kamme
Arbeits
tion e
meister
teilung
was
Seiten
Gerüch
und S
ben se
Austu
für d

winnen. Der Grund hierfür ist, daß ein Hilfsrottenführer zurzeit durchaus keine Zulage erhält, obgleich diese Beschäftigung eine überaus schwierige ist und eine Anstellung als Rottenführer erst nach 16, 18 oder gar 20 Jahren zu erwarten ist, gegenüber der Anstellung als Bahnwärter oder Schaffner in 5—6 Jahren.

Abf. 3 besagt, daß die Gleisunterhaltungsarbeiten Fachkenntnis erfordern. Das ist sehr richtig, wird aber leider nicht von allen Bahnmeistern usw. zugegeben (vergl. Vereinsnachrichten des Bez.-B. Berlin in Nr. 20 der Rottenf.-Zeitung), denn sonst würde das Gehalt eines Rottenführers bedeutend höher sein.

Im 4. Abf. sollen geeignete Rottenarbeiter zu Hilfsrottenführern und von diesen zunächst der tüchtigste zum Hilfsrottenführer ernannt und später bei guter Leistung als Rottenführer angestellt werden. — Wenn die Zulage nicht ausbleibe, die Wartezeit $\frac{1}{2}$ der bisherigen betrüge und Schreiber mit $\frac{1}{2}$ Schärfe in den Bahnmeisterkassentuben nicht als Rottenführer angestellt würden, wodurch so manchem Hilfsrottenführer die Anstellung vorenthalten wird, dann würde es nicht so schwer sein, einen tüchtigen Arbeiter für die fragliche Stellung zu gewinnen.

Abf. 5 läßt mich erkennen, daß Sie dem Bunde der Bm. sehr nahe stehen, sonst würden Sie nicht für eine Beförderung zum Oberrottenführer usw. eintreten. Auf dem letzten Verbandstag der Rottenführer konnten Sie hören, daß alle Anwesenden gegen diesen Plan stimmten, um nicht die Festigkeit des Verbandes zu lockern, wie es wohl Wunsch der Bahnmeister ist, und als Schmaroher von seinen Kollegen angesehen zu werden.

Im letzten Satz wünschen die Bahnmeister eine kürzere Arbeitszeit (mit anderen Worten Entlastung). Mancher Rottenführer, so auch ich, würde gerne auch ohne einen derartigen Titel seinen Arbeitsbezirk so verwalten, wie es ein Bahnmeister muß, wenn ihm die Rechte desselben und ein angemessener Lohn gewährt würden. (Vergl. letzten Satz des Artikels „Verbandsnachrichten“ in Nr. 20 der Rottenführer-Zeitung.)

Ein Mitglied eines der westlichen Bez.-Bezirke.

Vereinsnachrichten.

Bez.-B. Braunschweig. Versammlungsbericht vom 5. Oktober 1919. Um 2 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende, Kollege Wendhausen, die ziemlich stark besuchte Versammlung. Nach Verlesen der Niederschrift von voriger Versammlung, welche angenommen wurde, fand die Beitragszahlung an den 2. Kassierer statt. In voriger Versammlung war beschlossen worden, die großen Bezirksvereine in Ortsgruppen einzuteilen. Die Versammlung beschloß aber, davon Abstand zu nehmen, da viele Kollegen sich an den Versammlungen doch nicht beteiligten. Nach einer allgemeinen Aussprache schloß der Vorsitzende die Versammlung.

August Suwald, 1. Schriftf.

Bez.-B. Breslau. Die am 5. 10. 1919 abgehaltene Versammlung, wurde nachm. 2 Uhr vom 1. Vors. eröffnet. Nach Begrüßung der Teilnehmer, gedachte der 1. Vors. der verstorbenen Koll. und Koll.-Chefrauen. Besonders traurig und herzerschütternd war der Fall Bienar, indem der Erbnährer, der 16 jährige Sohn, sowie eine 14 jährige Tochter innerhalb 8 Tagen zur letzten Ruhe gebettet wurden. Noch einen schweren Verlust hatte der Bez.-B. zu beklagen, durch den Unglücksfall des alten, treuen aufopferungsvollen, so unerwartet aus unserer Mitte gerissenen Kollegen Paul Diemer. Durch Erheben von den Plätzen wurde den Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen. Die 4 Punkte umfassende Tagesordnung wurde, wie üblich, glatt erledigt. Längere Zeit beanspruchte Punkt 4 (Verschiedenes). Der 1. Vors. brachte zur Kenntnis: Die Einführung der neuen Tagebücher, die lästliche Ueberlassung der Eisenbahnfondsachen an die Bediensteten, die Teilnahme an den Fachschulen, sowie den Zusammenschluß aller Fachvereine der Unterbeamten zu einer Arbeitsgemeinschaft, ohne Rücksicht darauf, welcher Organisation er angehört. Kollege Scholz, welcher der letzten Bahnmeister-Versammlung beiwohnte, konnte nur befriedigende Mitteilungen machen. Es war das direkte Gegenteil von dem, was in unserer Zeitschrift zum Ausdruck gebracht wurde. Seitens der Versammlung wurden Anfragen gestellt, ob die Gerüchte, daß 5000 Rotten- und Hilfsrottenführer mit Haut und Haaren der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner verschrieben seien, auf Wahrheit beruhen. Kollege Scholz gab darüber Auskunft, daß die Bezirks-Vereine, welche am Verbandstage für den Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten ge-

sprochen haben, nicht Anhänger und auch nicht Mitglieder der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner sind. Einstimmig beschloß die Versammlung, der 1. Verbandsvorsitzende müsse dieses sofort widerrufen und die Rottenführer-Zeitschrift niemals mehr als Agitationsblatt für andere Gewerkschaften herzugeben sich verpflichten, indem im Wiederholungsfalle die Zeitschrift als solche nicht mehr anerkannt wird und der Bezirks-Verein Breslau deren Bezahlung klipp und klar ablehnt. Der Bezirksverein Breslau ist und bleibt geschlossen im Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten. Nach Besprechung verschiedener Standesfragen wurde die Versammlung geschlossen.

A. Klapper, 1. Schriftf.

Anmerkung des Verbands-Vors.: Ich habe nie gesagt noch geschrieben, daß 5000 Rotten- und Hilfsrottenführer sich mit Haut und Haaren der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner verschrieben habe, halte mich vielmehr an dem einstimmigen Verbandstagsbeschuß. Habe also auch nicht nötig, etwas zu widerrufen. Im übrigen verweise ich auf den Artikel: „Zwei Antworten usw.“. Jedenfalls hat sich jedes Mitglied bis zum nächsten Verbandstage an die Verbandstagsbeschlüsse und Satzungen zu halten. Schneider, Verb.-Vors.)

Bez.-B. Breslau. Die Beiträge betragen ab 1. Oktober 1919 pro Mitglied 3.— Mk. Diejenigen Kollegen, welche 2,50 Mark eingekandt haben, bitte ich, das Fehlende nachzuholen. Auch gibt es noch viele Kollegen, welche mit den 10 Mark für den Standesfonds rückständig sind. Die 0,80 Mark für den Beamtenbund sind auch noch teilweise im Rückstande. Auch möchte ich den Kollegen den Fahnenfonds wieder ans Herz legen. Jeder Kollege hat auch hier seine festgesetzten 2.— Mark zu entrichten. Wer kann, gibt mehr. Denn 1920 wollen wir bestimmt ans Fahnenweihfest herangehen. Sollte es Kollegen geben, welche bis 15. November ds. Js. noch nicht bezahlt haben, so nehme ich an, daß sie die Zahlung vergessen haben und ich werde mir erlauben, die betr. Herren Kollegen in der Zeitschrift am 1. 12. 19 zu veröffentlichen. Bitte also nochmals um Begleichung der oben angeführten Beiträge, damit zum 1. 1. 20 ein geordnetes Kassenverhältnis vorhanden ist.

Johann Simme, Kassierer.

Bez.-B. Cassel. Versammlungsbericht vom 5. 10. 19. Die Versammlung wurde um 10 Uhr vormittags vom 1. Vorsitzenden durch Begrüßung der Anwesenden eröffnet. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung, 2. Verlesen der Niederschrift aus voriger Versammlung und Kassenbericht, 3. Antrag des 1. Schatzmeisters: Die Versammlung wolle beschließen, welche Mittel anzuwenden sind, um die säumigen Mitglieder zum pünktlichen Zahlen zu bewegen. 4. Beamtenbund. 5. Verschiedenes. Punkt 1 wurde wie üblich erledigt. Es wurden insgesamt ab 1. 10. 19 aufgenommen 14 Mitglieder. Punkt 2: Da der 1. und 2. Schriftführer nicht anwesend waren, wurde die Niederschrift vom 1. Vorsitzenden verlesen und von der Versammlung angenommen. Der 1. Schatzmeister erstattete Bericht und führte Klage über das unpünktliche Zahlen einzelner Mitglieder. Zu Punkt 3 wurde dann beschlossen, dieses als letzte Mahnung gelten zu lassen und dann von den zahlungsgemäßen Mitteln Gebrauch zu machen. Außerdem wurde der 1. Schatzmeister beauftragt, rückständige Beiträge von mehr als zwei Vierteljahren per Postauftrag einzuziehen. Die Kosten sind selbstverständlich von den betreffenden Mitgliedern zu tragen. Weil die Beiträge für alle Mitglieder zusammen in jedem Vierteljahren an den Verband abgeführt werden müssen, ist es bei unserem niedrigen Kassenbestand nicht möglich, die Beiträge für eine Anzahl Mitglieder für 2, 3 und sogar 4 Vierteljahre auszulegen. Es ist auch unserem Schatzmeister nicht zuzumuten, daß er größere Beträge aus seiner Tasche zulegt, mit kleineren Beträgen muß er es so schon tun. Zu Punkt 5 wurde beschlossen: 1. Die Versammlung während des Winters wieder nachmittags abzuhalten, und zwar um 2 Uhr. Zweitens wurde der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, daß jeden Monat eine Zusammenkunft stattfinden soll, und zwar an jedem 1. Sonntagabend um 7 Uhr abends. Eine besondere Einladung hierzu in der Zeitschrift findet nicht statt. Ferner wurde vom 1. Vorsitzenden arg bemängelt, daß die Bekanntmachung in der Zeitschrift Nr. 16 vom 15. August, wonach die Hilfsrottenführer anzugeben hatten: 1. seit wann im Eisenbahndienst, 2. seit wann ständig eine Kotte geführt, so wenig beachtet worden ist. Es fehlen noch die Angaben von ein Drittel der betreffenden Kollegen. Man sollte es nicht für möglich halten, aber es ist wahr. Um 12,30 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

Salzmann, 1. Vors.

Bez.-B. Dortmund. Versammlungsbericht vom 5. 10. 19. Die Versammlung wurde um 3,15 Uhr infolge Beurlaubung des Vorsitzenden und in Abwesenheit seines Stellvertreters, welcher aber um 3,45 Uhr erschien, vom Kas-

lerer, Koll. Auger, eröffnet. Tagesordnung: 1. Verlesen des letzten Versammlungsprotokolls; dasselbe wurde angenommen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. Es meldete sich ein neues Mitglied, und zwar Kollege Wiedenstritt aus Wengede. 3. Zahlung der Beiträge. 4. Verschiedenes. Auf Antrag der Koll. Wismann aus Derne und Kündlate aus Heeren werden dieselben dem Bez.-Verein Hamm überwiesen. Zum Schluss wurden noch Vereinsabzeichen verkauft. Versammlungsschluss 4.30 Uhr. — Alle Kollegen, welche noch keine Vereins-Statuten erhalten haben, werden gebeten, in der nächsten Vereinsversammlung zu erscheinen, um dieselben in Empfang zu nehmen. — Nächste Versammlung: Sonntag, den 4. Januar 1920, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Köhler, Schriftführer.

Bez.-V. Duisburg. Versammlungsbericht vom 12. 10. 1919. Die Versammlung wurde vom 1. Vorsitzenden um 4 Uhr mit der Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnet. Bevor in die Verhandlungen eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende unseres verstorbenen Kollegen Koch vom Essener Bezirksverein, der den Mitgliedern sehr gut bekannt war. Sein Andenken wurde durch Erheben von den Eichen geehrt. Punkt 1: Die Niederschrift wurde vorgelesen und angenommen. Punkt 2: Aufgenommen wurden drei Kollegen. Zu Punkt 3 wurde beschlossen, die Beiträge vom 1. Oktober an auf 3,50 Mk. und vom 1. Januar 1920 an auf 4 Mark pro Quartal festzusetzen. Punkt 4: Die nächste Versammlung (Generalversammlung) wurde auf Sonntag, den 4. Januar 1920, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal, Duisburg, Königsstraße 63, anberaumt. Punkt 5: Zu Kassenrevisoren wurden die Kollegen Kloos und Spiedermann gewählt. Punkt 6 (Bericht über die Tätigkeit des Vereins und Verbandes). Der Vorsitzende machte einige Angaben, aus denen hervorgeht, wie der Vereinsvorstand sowie auch der Verbandsvorstand, besonders der Vorsitzende, bemüht sind, unsere Standesinteressen zu heben und zu verbessern. Unter Punkt 7 (Verschiedenes) wurden noch einige Standesangelegenheiten erörtert und aufklärend besprochen. Schluss der Versammlung 6 Uhr.

Steinfurt, 1. Schriftf.

Bez.-V. Essen. Zur ganz besonderen Beachtung! Infolge Ablebens unseres bisherigen Vereinsassistenten Kaspar Koch bitten wir die Kollegen, für die Zukunft die Mitgliedsbeiträge an den letzten Vereinsassistenten Rottenführer Heinrich Wimmemeier, Herthastr. 3, Essen-Mittelscheid, zu senden. Der Vorstand. J. A.: Kerstiens.

Bez.-V. Frankfurt a. M. Versammlungsbericht vom 5. 9. 19. Die Versammlung wurde um 1.30 Uhr vom 1. Vorsitzenden mit Begrüßung der Kollegen und Bekanntgabe der Tagesordnung eröffnet. Die Beiträge wurden vom 1. Schachmeister erhoben. Aufgenommen wurden die Kollegen Reith, Bed, Döring, Nidel, Philipp, Philipps, Finckbeiner, Hellwig, Schäfer, Hofmann, Reih und Herber. Hierauf wurde vom 1. Vorsitzenden Bericht über den Verbandstag erstattet. Bei Punkt „Verschiedenes“ wurde wieder Klage erhoben, daß noch viele Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, auch haben noch einige Kollegen die 5 Mark für den Beamtenbund zu bezahlen. Die Kollegen werden aufgefordert, die Beiträge sofort an den 1. Schachmeister Joseph Fortnagel, Frankfurt a. M., Weißburgerstr. 15, porto- und bestellgeldfrei einzusenden, auch werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß die Beiträge ab 1. 10. 19 3,20 Mark betragen. Ferner werden sämtliche Kollegen, welche noch Hilfsrottenführer sind, aufgefordert, an den 1. Vorsitzenden einzureichen: 1. Seit wann Hilfsrottenführer, 2. seit wann selbständig eine Kotte geführt? Die Angaben müssen aber sofort eingereicht werden an Joseph Heuring, Frankfurt-West, Schloßstr. 39. Nächste Versammlung: den 4. 1. 1920, nachm. 1 Uhr, im Vereinslokal.

Der Vorstand. J. A.: Sahler, 1. Schriftf.

Bez.-V. Halle a. S. Versammlungsbericht und Versammlungsanmeldung. Um 2.45 Uhr nachmittags eröffnete der 1. Vorsitzende, Kollege Mennide, die Versammlung unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung. 1. Das Protokoll der vorigen Versammlung und die Beitragszahlung wurden wie üblich erledigt. 2. Aufgenommen wurden 3 neue Kollegen. 3. Verschiedenes: 1. Der 1. Vorsitzende gab bekannt, daß für den Verbandstag 1920, welcher in Halle tagt, die Kaiser-Wilhelms-Halle in Aussicht genommen ist. 2. Die Wittenberger Kollegen stellten den Antrag, in Wittenberg, Bez. Halle, eine Ortsgruppe zu bilden, welches von der Versammlung auch beschlossen wurde mit der Bedingung, solange beim Bezirksverein Halle zu bleiben, bis Wittenberg selbständiger Verein ist. 3. Kollege Naumann, Leipzig, stellte den Antrag, einen Bezirkstag einzuberufen. Ein Beschluss konnte noch nicht gefaßt werden, weil erst alle umliegenden Bezirksvereine gehört werden müssen. 4. Kollege

Mennide verlas ein Schriftstück vom Beamtenbund, wonach ein Mitglied gewählt werden soll, das als Beirat bei der Direktion unsere Interessen vertreten soll. Dieser Antrag wurde dahin beschlossen, die Direktion sollte sich selbst einen Kollegen aus unserer Mitte wählen, ob er anerkannt wird, darüber will der Verein bestimmen. Zum Schluss brachte der 1. Vorsitzende einen Antrag ein, die Quartalsversammlung am 1. Sonntag nach dem 1. abzuhalten, und die 2. im 2. Monat am 16. oder auf einen Sonntag danach. Dieser Antrag wurde angenommen. Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den 16. November 1919, nachmittags 2½ Uhr in Borts Restaurant, Kurze Gasse 1, statt.

Otto Mennide, 1. Vors.

Bez.-V. Halle. Bekanntmachung. Da wir dem Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten noch angeschlossen sind und derselbe vom 1. 10. an pro Vierteljahr 3 Mark Beitrag erhebt, ist in unserer Versammlung am 5. 10. beschlossen worden, selbige bis auf weiteres zu entrichten. Ich bitte daher alle Kollegen des Bezirksvereins Halle, pro Mitglied 3 Mark sobald als möglich, aber spätestens bis zur nächsten Versammlung, welche am 16. November ds. Js. stattfindet, zu entrichten, oder an unseren Schachmeister, Kollegen Hermann Bergmann, Goethestr. 11, einzulenden, damit nicht immer der Rottenführerverein hinten anstehen muß.

J. A.: Mennide, 1. Vors.

Bez.-V. Hagen. Versammlungsbericht vom 19. 10. und Einladung. Punkt 1: Der 1. Vorsitzende begrüßte die so zahlreich erschienenen Kollegen; besonders waren die auswärtigen Kollegen sehr zahlreich vertreten. Dagegen bemängelte der 1. Vorsitzende den sehr schlechten Besuch der Versammlungen durch die Kollegen, welche in aller nächster Nähe wohnen. Sie müßten gerade ein Vorbild sein, den andern Kollegen gegenüber. Punkt 2: Zahlung der Beiträge. Punkt 3: Aufzunehmen war niemand. Punkt 4, Verschiedenes: Von den auswärtigen Kollegen wurde angeregt, daß die Versammlung in Zukunft eine Stunde früher gelegt werden möchte. Der Wunsch wurde mit Rücksicht auf die lebhafte Zugverbindung als berechtigt anerkannt. Die Versammlung findet also in Zukunft um 2½ Uhr statt. Der 1. Vorsitzende gab dann noch einige praktische Winke für die Erziehung und Behandlung der Oberbauarbeiter, wozu dann auch einige Kollegen ihrer Meinung Ausdruck gaben. Kollege Kranz gab dann Auskunft über die letzte Versammlung im Hauptvorstand, wozu sich die Kollegen über die einzelnen Punkte äußern konnten. Die Kollegen blieben noch eine kurze Zeit zusammen, um ihre Ergebnisse in unserer bewegten Zeit sich gegenseitig zu schildern, wovon mancher Rottenführer ein Liedchen singen konnte. Es war eine sehr interessante Versammlung, wofür der 1. Vors. seinen Dank aussprach. Schluss der Versammlung um 6 Uhr. Kollege Schmiedel vom Bezirksverein Barmen-N. wurde vom 1. 10. 19 an in den Bezirksverein Hagen übernommen. Die nächste Versammlung findet am 11. Januar 1920, nachmittags 2½ Uhr, im Vereinslokal statt.

Selle, Schriftf.

Bez.-V. Hersfeld u. Umg. Versammlungsbericht vom 5. 10. 19. Der 2. Schriftführer, Kollege Kranz, eröffnete um 10.45 Uhr vorm. die Versammlung und begrüßte die anwesenden Kollegen. Tagesordnung: Punkt 1, Vorstandswahl: Gewählt wurde zum 1. Vorsitzenden Kollege Kranz, Oberhausen, zum 2. Vorsitzenden Koll. Sommer, Friedlos, zum 1. Schriftführer Koll. Sippel, Neutkirchen; zum 2. Schriftführer Kollege Friedr. Wenzel, Niederaula; zum 1. Schachmeister Koll. Georg Manns, Neutkirchen, zum 2. Schachmeister Kollege Heint. Ulrich, Maltomes. Punkt 2, Aufnahme neuer Mitglieder: Aufgenommen wurde der Hilfsrottenführer Ludwig Hauser zu Großentast (Hnn.). Punkt 3, Zahlen der Beiträge: Ab 1. 10. 19 werden an Vereinsbeiträgen 3.— Mk. erhoben. Nachdem der 1. Vorsitzende, Kollege Kranz, den Kassenbestand mitgeteilt hatte, wurde die Kasse durch die Koll. Seemann und Reister geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Punkt 4, Verschiedenes: Hier wurde der Anschluß an den Gewerkschaftsbund besprochen. Die Abstimmung der anwesenden Mitglieder ergab: Der Verein schließt sich dem Bunde nicht an, es bleibt den einzelnen Mitgliedern überlassen, wer beitreten will. Da nach Erledigung der Tagesordnung auf Anfrage sich niemand mehr zum Wort meldete, schloß der 1. Vorsitzende um 12.45 Uhr die Versammlung. Von einzelnen Hilfsrottenführer wurde der Antrag eingebracht, der Verein und Verband (ist doch gegeben, D. Red.) möchten doch für Wiedergewährung der Stellenzulage für ständige Hilfsrottenführer eintreten. Der Verein wird hierzu in der nächsten Versammlung Stellung nehmen. Sämtlichen Mitgliedern, welche in der Versammlung nicht anwesend waren, zur Kenntnis, daß die Vereinsbeiträge ab 1. 10. 19 vierteljährlich 3.— Mk. betragen und die Geldsendungen nicht mehr an Koll. Kranz zu Oberhausen, sondern

an Kollegen Georg Manns zu Neustädten (Hm.) porto- und beilegelsgeldfrei einzusenden sind. Aranz, 1. Vorf.

Bez.-B. Leipzig. Versammlungsbericht vom 8. Oktober 1919. Der 1. Vorsitzende, Kollege Naumann, eröffnete die Versammlung um 7 1/2 Uhr durch Begrüßung der Kollegen. Tagesordnung: 1. Bericht über verschiedene Eingänge, 2. Bundesangelegenheiten, 3. Bericht von Halle. Der 1. Vorsitzende, Kollege Naumann, gab Bericht über die Versammlung des Ortsvereins Halle, welcher er beigezogen hatte. 4. Verschiedenes: Allen Kollegen zur genauen Beachtung, daß der Bundesbeitrag nicht mehr vom Ortsverein einfließt wird. Der Vierteljahrsbeitrag beträgt ab 1. Oktober 3,50 Mark für das Mitglied. Ich bitte die Kollegen, auch dieses zu beachten, damit unnötige Schreibereien vermieden werden. Die künftigen Kollegen werden gebeten, die Beiträge sofort zu entrichten. Die Hilfsrottenführer werden nochmals erlucht, mir folgende Angaben zu lassen: 1. Tag des Eintritts bei der Eisenbahn, 2. das Lebensalter, 3. seit wann Hilfsrottenführer. Meine Adresse ist: Otto Jähnigen, Rottenführer, Leipzig-Möckau, Berthastr. Nr. 4 II. m. Entweder lesen die Kollegen die Zeitschrift nicht, oder sie halten es nicht für nötig, der Aufforderung Folge zu leisten. Schluß der Versammlung 10 Uhr. Die nächste Versammlung findet Mittwoch, den 5. November, abends 7 Uhr, im Vereinslokal statt. J. A.: Jähnigen, 1. Schriftf.

Bez.-B. Magdeburg. Versammlungsbericht vom 5. 10. 1919. Eröffnet wurde die Versammlung vom 1. Vorsitzenden, Kollegen Schulz, im Beisein von 60 Mitgliedern. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der 1. Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Franz Stud in Wulfsen. Die Kollegen ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von ihren Plätzen. Die Tagesordnung wurde in 4 Punkten erledigt. Punkt 1: Verlesen der Niederschrift. Dieselbe wurde ohne Abänderung angenommen. Punkt 2: Das Zahlen der Beiträge wurde wie üblich erledigt. Punkt 3: Zur Aufnahme meldeten sich 11 Kollegen. Punkt 4: Unter „Vereinsangelegenheiten“ fand eine längere Besprechung über Standesangelegenheiten der Rotten- und Hilfsrottenführer statt. Besonders wurde gefordert, daß die Rottenführer höher bewertet und die Hilfsrottenführer im Lohne besser gestellt würden. Beschllossen wurde, diese Angelegenheit dem Hauptvorstande zu unterbreiten, evtl. sie weiter zu vertreten. Da damit die Tagesordnung erledigt war, schloß der 1. Vorsitzende um 6 Uhr die Versammlung. — Aufforderung. Da bis jetzt noch nicht alle Hilfsrottenführer die geforderten Angaben eingehandt haben, bitte ich alle in Frage kommenden Kollegen, mir sofort die gestellten 3 Fragen: 1. Lebensalter, 2. Eintritt bei der Eisenbahn, 3. Seit wann Hilfsrottenführer, mittels Postkarte beantworten zu wollen, da der Hauptvorstand diese Angaben dringend gebraucht. Also, Kollegen, erledigt Euch Eurer Pflicht, es wird höchste Zeit. Meine Adresse ist: Karl Arndt, Rottenführer, Wg.-Sudenburg, Wolfenbüttelerstr. 30.

Der Vorstand. J. A.: Arndt, 1. Schriftf.

Bez.-B. Baderborn. Wegen Erkrankung des 1. Vorsitzenden eröffnete und leitete der 2. Vorsitzende die Versammlung. Punkt 1: Die Niederschrift wurde verlesen und angenommen, jedoch wurde der Punkt bezgl. der Winterkleidung nochmals erörtert. Der 2. Vorsitzende gab bekannt, daß die Winterkleidung auch für Hilfsrottenführer zugelassen wäre. Sollten dieselben nicht rechtzeitig ausgegeben werden möchten sich die Kollegen, zuerst bei ihrer Dienststelle, wenn dort nicht, dann beim Bezirksvorstand melden, damit nochmals so schnell wie möglich dagegen eingeschritten werden kann. Punkt 2: Zahlung der Beiträge. Punkt 3: Aufnahme neuer Mitglieder. Aufgenommen wurden 4 Kollegen, und zwar Anton Voh, Bergstraße 14, Bm. 1, Baderborn; Joseph Sievers, Jakobsberg Nr. 31, Dienststelle Bm. Beverungen, Post Borgholz; Franz Gütthof, Borgholz, Post Borgholz, Dienstf. Beverungen; Wilhelm Halse, Nalungen, Post Borgholz, Bm. Beverungen. Punkt 4: Als Ort der nächsten Versammlung wurde Soest gewählt, und zwar am 1. Sonntag im Januar, mittags 1 1/2 Uhr in der Wirtschaft (früher) Werlingrör. Punkt 5: Unter „Verschiedenes“ wurden noch mehrere Vereinsangelegenheiten erörtert. J. A.: Halsband, 1. Schriftführer.

Bez.-B. Schneidemühl. Versammlungsbericht. Der 1. Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 2,20 Uhr nachmittags. Anwesend waren 24 Kollegen. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Albert Schwarz wurde in der üblichen Weise geehrt. Tagesordnung: 1. Das Protokoll vom 6. 4. 19 wurde verlesen und angenommen. 2. Beitragszahlung. 3. Aufgenommen wurden die Kollegen Johann Mattert aus Schönlanke und Herrn. Böhmke aus Bärenwalde. Leider stehen noch viele Kollegen unserm Verbands fern, es ist Pflicht der Verbandsmitglieder, die Koll. für

den Verband zu gewinnen zu suchen. Wenn alle Rottenführer und Hilfsrottenführer in unserm Verband organisiert sind, dann können unsere Interessen mit Nachdruck vertreten werden. Denn ohne Mitglieder gibt es keine Einnahmen und ohne Geld kann keine Interessenvertretung arbeiten, das müßte auch den Nichtmitgliebern klar sein. Besonders jetzt, wo wir kurz vor der Gehaltsregelung stehen, muß die Interessenvertretung mit Hochdruck arbeiten und jeder Rotten- und Hilfsrottenführer müßte wissen, was auf dem Spiele steht. Punkt 4: Verschiedenes. Vom Koll. Salzer wurde erwähnt, daß die Anträge, welche am 24. April 1914 zum Verbandstage gestellt wurden, bis jetzt noch nicht in Erfüllung gegangen sind, dieselben zum nächsten Verbandstage also wieder gestellt werden müssen. Es sind die Anträge: 1. Anrechnung der Militärdienstjahre auf das Beförderungsalter auch dann, wenn der Betreffende nicht gleich nach der Entlassung in den Eisenbahndienst getreten ist. 2. Die Hilfsrottenführer bitten nach 10jähr. Dienstzeit bzw. 5jähr. als Hilfsrottenführerdienstzeit zum Rottenführer ernannt zu werden, und, falls keine Rottenführerstellen offen sind, zum Weichensteller- oder Fahrdienst zugelassen zu werden. (Anmerkung der Red.: Verträge sich nicht mit den gestellten Zielen.) Außerdem müssen die Kollegen, welche Anträge zum nächsten Verbandstage haben, diese bei der nächsten Versammlung vorbringen, weil es im April schon zu spät ist. Zu Kassenprüfern wurden die Kollegen Klatt und Utecht gewählt, welche die Wahl annahmen. Die nächste Versammlung findet am 4. Januar 1920, nachmittags 1 Uhr in Schneidemühl (Eisenbahnkantine) statt. In der letzten Versammlung wurde bemängelt, daß so wenige Kollegen an den Versammlungen teilnehmen, es sind immer dieselben Gesichter zu sehen, und meistens gerade die Koll. aus nächster Nähe, die nicht einmal einen Zug zu benutzen brauchen, halten es nicht für der Mühe wert, zu erscheinen. Auch von den Koll. der Berliner, Bromberger und Dirschauer Strecke waren nur einzelne anwesend, trotzdem die Zugverbindung gut ist. Ja, Kollegen, wenn mit so wenig Interesse gearbeitet wird, wie sollen da noch neue Mitglieder dem Verein zugeführt werden und wo bleiben dann die Interessen der Rotten- und Hilfsrottenführer? Für keine Interessen kann doch wohl jeder alle halbe Jahr mal einen Sonntag opfern. Also, es wird dringend gebeten, zum 4. Januar 1920 recht zahlreich zu erscheinen. Jeder muß nach Schneidemühl zur Versammlung kommen. Nichtmitglieder bitte recht zahlreich einzuführen, denn es sind noch viele, die dem Verband noch fern stehen. Schnell, 1. Schriftführer.

Mitteilung des Verbandsvorstandes.

Am 12. Okt. d. Jrs. hielt der Verbandsvorstand seine erste volle Vorstandssitzung ab. Tagesordnung: 1. Verlesen der letzten Niederschrift, 2. Anwesenheitsliste, 3. Groborganisation und wir, 4. Zeitungsangelegenheit, 5. Unsere Eingaben, 6. Verschiedenes.

Punkt 1 und 2 der Tagesordnung wurden wie üblich erledigt. Zu Punkt 3 gab der Verbandsvorsitzende das Resultat der Sitzung am 23.—25. 9. djs. Jrs. in Stuttgart mit den süddeutschen Unterbeamtenverbänden bekannt. Ein Zusammenschluß muß durch die Verreichlichung der Eisenbahnen stattfinden. Da die süddeutschen Unterbeamten in Landesverbänden gewerkschaftlich organisiert sind und einen Zusammenschluß mit den mittleren und oberen Beamten entschieden ablehnen, ist für uns auch in diesem Punkte der Weg gezeigt. Auch das Vorgehen des Bahnmeisterverbandes gegenüber unserem Stande zeigt, wie in dem Artikel: „Zwei Antworten und ihr Ergebnis“, näher geschildert wird, dann die Sache Clewer, Berlin, welchen Weg wir gehen müssen. Sinzu wurden noch manche Merkmale, in der letzten bekannt geworden, von den andern Mitgliedern vorgetragen, welche dann zu dem Beschluß führten, an dem gefassten Beschluß des Verbandstages auch in Zukunft festzuhalten, wenn wir unsere Selbstständigkeit und Geschlossenheit beibehalten wollen. Die Mitglieder sollen durch entsprechende Artikel aufgeklärt werden.

Zu Punkt 4 wurde ein Schreiben der Firma Hundt-Gattingsen verlesen, welches besagt, daß ab 1. Okt. 19 das Porto für den Versand der Jtg. vierteljährlich um 20 Pfg. pro Exemplar gestiegen sei. Dieses wurde durch amtliche Quittungen tatsächlich nachgewiesen und so mußte dem Ersuchen der Firma, das Mehrporto vom Verbands zu tragen, zugestimmt werden. Es kostet also unsere Zeitung ab 1. 10. 19 90 Pfg. pro Vierteljahr und Mitglied. Weiterer Beschluß bleibt dem nächsten Verbandstag vorbehalten. Punkt 5: Die Eingaben wurden verlesen und das Vorgehen des Verbandsvorsitzenden hierbei gutgeheißen. Namentlich wurde das stirkte Verlangen auf Erfüllung der aufgestellten Forderungen gutgeheißen. Unter „Verschiedenes“ wurde endgültig die Mitarbeit des Herrn Dr. Brauweiler in Verbandsachen als

mündig festgestellt. Als stimmberechtigte Vertreter für den Gewerkschaftstag der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner am 24. und 25. Okt. d. Js. wurden die Kollegen Heinrich Scholz-Breslau, Ruch-Berlin, Kahle-Königsberg, Ufer-Garbenheim-Niemann-Hamburg und der Verbandsvorsitzende gewählt und denselben die Einladungen zugesandt. Zur Titelfrage, die auch regierungsseitig behandelt wird, wurde einstimmig der Titel Oberbau-Aufsicht angenommen. Zur Durchorganisation des Verbandes wurde laut Beschluß des Verbandstages 1919 Stellung genommen und die Bezirksvereine werden aufgefordert, unverzüglich diesem Beschluß Folge zu leisten. Schon die jetzigen Verkehrsschwierigkeiten und die teuren Fahrpreise sollten ein Ansporn hierzu sein. Der Verbandsvorstand ist sich einig, daß in jedem Direktionsbezirk ein Bezirksverein bestehen soll. Wo jetzt schon mehrere bestehen, bleiben diese auch weiter bestehen unter dem Namen Bezirksgruppen. Z. B. im Direktionsbezirk Hannover ist ein Bezirksverein, welcher die anderen Bezirksgruppen umfaßt. Einer dieser Bezirksgruppen ist der geschäftsführende Teil und beruft jährlich zwei Bezirkstage ein, zu welchem jede Bezirksgruppe einen stimmberechtigten Vertreter entsendet; dort

werden die gestellten Anträge beraten und zusammengestellt, desgleichen der Vertreter zum Verbandstage gewählt. Ein dreigliedriger Vorstand ist ebenfalls zu wählen, fehlt einer derselben bei der Tagung, so ist ein Vertreter für die Tagung zu wählen. Im übrigen ist die Geschäftsordnung des Verbandes maßgebend. Die Bezirksgruppen arbeiten sonst vollständig selbständig, wie bis jetzt die Bezirksvereine. Nur auf diesem Wege sind die Nichtmitglieder zu erfassen und ist regeltreue gewerkschaftliche Arbeit zu verrichten. Auch die Verbandstagungen verlangen eine bedeutende Erleichterung und versprechen auch intensivere Beratungen. Die Bezirkstage werden am besten im Monat November und Mai stattfinden.

Der Verbandsvorstand erwartet, daß die Durchorganisation bis 1. 4. 20 erledigt ist.

Der Verbandsvorstand:

C. Schneider, Vorsitzender, Jos. Rüdgers, Schriftf., Ad. Berg, Schatzmeister.

Die Vereinsberichte von Loehen, Münster, Stendal folgen wegen Raumangel in nächster Nummer.

Versammlungs-Kalender.

Es liegt im Interesse eines jeden Mitgliedes, die Versammlungen zu besuchen, die Beiträge pünktlich zu zahlen und neue Mitglieder einzuführen.

Berlin, 6. 11. 1919, 6 Uhr, Berlin, Andreasstr. 4.
Dortmund, 4. 1. 1920, 3 Uhr, Dortmund, Vereinslokal.
Duisburg, 4. 1. 1920, 4 Uhr, Duisburg, Vereinslokal.
Frankfurt a. M., 4. 1. 1920, 1 Uhr, Frankfurt a. M., Vereinslokal.
Hamburg-Altona, 9. 11. 1919, 2 Uhr, Hamburg, Altonaer Posten 6.
Halle a. S., 16. 11. 1919, 2 1/2 Uhr, Halle a. S., Rest. Vork.
Hagen, 11. 1. 1920, 2 1/2 Uhr, Hagen, Vereinslokal.
Leipzig, 5. 11. 1919, 7 Uhr, Leipzig, Vereinslokal.
Marienwerder, 16. 11. 1919, vorm. 10 1/2 Uhr, Marienburg, Bahnhofshotel.
Paderborn, 4. 1. 1920, 1 1/2 Uhr, Soest, Wirtsh. fr. Werlgrbr.
Schneidemühl, 4. 1. 1920 1 Uhr, Schneidemühl, Eisenbahnkantine.
Stendal, 4. 1. 1920, 2 1/2 Uhr, Stendal, Rest. Genski.

Nachruf.

Am 2. Oktober d. Js., vormittags, starb plötzlich infolge Unfalls unseres langjährigen Vorstandsmittglied, der Rotenführer

Paul Dietner

in Breslau, Auguststr. 32, im Alter von 47 Jahren, 8 Mon. Der Kollege wurde vom Schnellzuge überfahren und war sofort tot. Wie verlieren in dem Verstorbenen einen unserer besten Kollegen, welcher jederzeit die Interessen unseres Standes vertreten hat. Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren die Kollegen des Bez.-B. Breslau.
J. A.: H. Scholz, 1. Vors.

Nachruf.

Am 9. Oktober d. Js. starb unser Vereinskollege, der Rotenführer

Wilhelm Wille

in Ucker, Kr. Luckau im Alter von 53 Jahren. Ein dauerndes Andenken werden ihm bewahren die Kollegen des Bez.-B. Cottbus.
J. A.: F. Wille, 1. Vors.

Tauschgesuch.

Rotenführer des Direktionsbezirks Bromberg, Prov. Polen, wünscht, da in dem an die Polen abzutretendem Gebiet wohnend, Tausch mit einem Roten- oder Hilfsrotenführer poln. Nationalität. Dienstwohnung mit Dienstland vorhanden. Schöne, walddreiche Gegend, Schule im Orte. Drei Morgen Acker kann weiterhin benutzt werden. Außerdem werden nach Vereinbarung überlassen: Holz, Kohlen, Kartoffeln, 3 Ziegen, 14 Hühner, 12 Tauben, zwei Schuppen, ein Heuschaber von 30 Zentner, 10 Zentner Stroh und mehrere andere Gegenstände. Bevorzugt wird eine Stelle auf freier Strecke mit Dienstwohnung, andernfalls auch Bahnhofs. Zuschriften vermittelt Rich. Schmitz, Wandhofen 23, Post Schwerte-R., Westf.

Keine Preiserhöhung

bei 10 Proz. monatl. Abzahlung. Nur vollständige Werke.
Jesen 5 Bde. geb. M. 44 | Gsch. Freitag 16 Bde. geb. M. 178
Wildenbruch 4 " " M. 33 | H. Storm 3 " " M. 22
Fontane 5 " " M. 55 | Moserger 40 " " M. 242
Jul. Wolf 16 " " M. 110 | Dahnhausen 20 " " M. 121
Neues Bld. Buch-Museum M. 41,80

Dito & Co., Berlin-Lichterfelde (Postcheckkonto Berlin 47344).

Stempel

aller Art

liefert schnell und billigst die
Buchdruckerei
C. Hundt sel. Wwe.
Hattingen-Nuhr.

Echte Drell-Litern

beste Friedensware, kein Ersatz, in schw. blau, feldgrau, mit Bahn-, Post- oder schwarzen Knöpfen, p. St. Mk. 32,50. Echte schwarze Lederhose, la. Qual., Mk. 45.— Blaue Cheviot-Hemse mit Unfalstragen, Bahn-Post- oder schwarze Knöpfen Mk. 50.— Als Maß erb. ganze Körpergröße. Versandt gegen Nachnahme.



J. Hammer Schlag, Halle-S. 11.

Herren-Unter-Whr.

(Keine billige Stahlware.)
Elegante Nickelausstattung, 30 stünd. Unterwerk, 1 Jahr Gar. nur Mk. 17 gegen Nachn.
M. Müller, Ettlingen, (Baden), Pforzheimerstr. 5.

Monatsraten 9 Mark.

Eschstruths

sämtl. Romane, 20 Bände geb. 165 Mk.
Das schönste Weihnachts-geschenk.

Ono & Co., Berlin-Lichterfelde.

Drucksachen aller Art liefert C. Hundt sel. Wwe.

Für die Red. verantwortl.: Verbandsvorst. Carl Schneider, Dahlhausen-Nuhr. — Für den Inseratenteil verantwortl.: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Nuhr. — Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen-Nuhr.